

5. Juni 1817

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 5. Juni 1917. Nr. 210.

Die Stadt Wien an Generaloberst Boroewic. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehendes Telegramm an Generaloberst Boroewic gerichtet:  
„Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien entbietet Euer Exzellenz zur siegreichen Abwehr des welschen Feindes in der zehnten Isonzoschlacht ihre innigen Dankesgrüße und beglückwünscht Euer Exzellenz herzlichst zur Allergnädigsten Verleihung des Maria Theresien-Ordens. Gott schütze Ihre Helden und verleihe ihnen weiter die Kraft, auszuharren in dem Kampfe um unseres Vaterlandes geheiligten Boden; Gott schirme den ruhmgekrönten Feldherrn, an dessen Führergeist die Eroberungslust des Erbfeindes auch in diesem harten Kampfe sich gebrochen hat!“

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 5. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und stellt Statthalterrat Wimmer als Vertreter des Statthalters vor.

Der Vorsitzende hält dem am 7. Mai verstorbenen Gemeinderat Theodor Dolezal einen herzlichen Nachruf und teilt mit, daß in Vertretung des Präsidiums Vizebürgermeister Hierhammer am Leichenbegängnisse in Melk teilgenommen habe.

Der Nachruf wird von den Versammelten stehend angehört.

Stattrat Baron legt sein Mandat als Stattrat aus Gesundheitsrückichten zurück.

Gemeinderat von Steiner stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, durch eine Verlautbarung die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die Unzukömmlichkeiten, welche sich bei der Anmeldung für den Besuch von Heilbädern, Kurorten und Sommerfrischen ergeben haben, nicht auf die Verfügungen des Magistrates und auf die Tätigkeit des Landesverbandes für Fremdenverkehr, sondern auf die verspäteten und nicht zweckentsprechenden Verfügungen des Volksernährungsamtes zurückzuführen sind. 2. Beim Volksernährungsamte dahin zu wirken, daß die von demselben bei Erlassung der Anordnungen für die erste Anmeldung begangenen Fehler, bei der verlängerten Anmeldefrist nicht wiederholt, sondern durch klare und jede Zweifel ausschließende Bestimmungen vermieden werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich werde dem Wunsche des Interpellanten entsprechen, behalte mir jedoch vor, auf diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung zurückzukommen.

Gemeinderat Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, die Entlohnungsverhältnisse der städt. Kinderwärterinnen, die eine soziale Rückständigkeit bedeuten, zu überprüfen und wenn begründet, einer baldigen zeitgemäßen Regelung zuzuführen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die noch offene Frage der Altersversorgung zu richten wäre.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Hierzu muß ich bemerken, daß die Wärterinnen außer den fixen Lohnbezügen noch eine Reihe von Nebengebühren beziehen wie die Hausbesorgerbestellung, Heizzulagen, Reinigungspanschale und Zulagen für Fensterputzen und Bodeneinlassen. Es stellen sich diese Nebenbezüge beim größten Kindergarten auf jährlich 1050 K., beim kleinsten auf ungefähr 200 K. Die Wärterinnen der größeren Kindergärten halten sich sogar ein eigenes Dienstpersonal zur Vornahme der Reinigungsarbeiten. Uebrigens ist die Eingabe der Kinderwärterinnen wegen Regulierung der Lohnbezüge in Verhandlung und wird anlässlich der Regulierung der Gehalte der

Kindergärtnerinnen zur Beratung gelangen.

Gemeinderat Ullreich stellt eine Anfrage über die Aufhebung des Rauchverbotes auf den Beiwagen der städtischen Straßenbahnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zuführen.

Gemeinderat Wimmer weist in einer Interpellation darauf hin, daß durch den großen Verkehr der Kraftfahrzeuge in den Straßen Wiens an den Häusern bedeutende Schäden durch die hervorgerufene Erschütterung festgestellt wurden. Er wünscht, entweder die Herstellung eines widerstandskräftigeren Pflasters oder die Erlassung eines Verbotes des schnellen Fahrens dieser Kraftfahrzeuge.

Der Vorsitzende erwidert, daß Neupflasterungen derzeit wegen Mangels an Arbeitskräften und Baustoffen kaum durchführbar sind. Die Fahrgeschwindigkeit der Lastkraftwagen wurde durch Ministerialverordnung auf 9 km bei gepflasterter und auf 12 km in der Stunde bei ungepflasterter Fahrbahn herabgesetzt. Der Magistrat hat die Polizeidirektion ersucht, da in zu wirken, daß die Vorschrift mit der nötigen Strenge gehandhabt wird.

Der Bürgermeister bemerkt weiters dazu: Diese Autos sind schon eine Qual. Gehen Sie hinaus über den Exelberg und Sie werden sehen, wie dort die Straßen derart ruiniert sind, daß schwere Geldopfer erforderlich sein werden, um sie wieder in Ordnung zu bringen. Wenn ein Lastauto am Rathaus vorüberfährt, dann ist die Erschütterung selbst in diesem gewiß festen Bau bemerkbar. Ich werde die nötigen Schritte einleiten, um mögliche Abhilfe zu erwirken.

Gemeinderat Ullreich fragt, ob der Bürgermeister auf die Freigabe von Zucker zu Einsiedezwecken hinwirken wolle und ob er geneigt sei, beim Ernährungsminister eine Ueberprüfung der Obstaukäufe seitens der Marmelade Fabriken und der Zwischenhändler zu verlangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich kann mir denken, daß das der Schmerz von Hunderttausenden Hausfrauen ist, daß der Zuckerbezug für Einsiedezwecke nicht durch Zuckerzusatzkarten geregelt wird. Ich bin offiziell durch eine Zuschrift über die Absicht des Volksernährungsamtes von dieser Maßregel noch nicht verständigt. Ich werde die Interpellation zum Anlaß nehmen, um beim Volksernährungsamte zu intervenieren. Bezüglich des zweiten Punktes wissen ja die Herren, daß wieder eine der berühmten Zentralstellen geschaffen wurde und ich glaube, daß wir vom Volksernährungsamt verlangen müssen, daß die strengste Kontrolle ausgeübt werde.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller gibt in einer Anfrage die Anregung, daß Jugendliche, welche auf Grund gerichtlicher Urteile bestimmter Verfehlungen schuldig erkannt wurden, ohne Verzug in weiter Entfernung von der Großstadt auf dem Lande in Erziehungskolonien konzentriert werden, in welchen sie teils zur Landwirtschaft, teils zu bestimmten Gewerben erzogen werden sollten. Solche Kolonien müßten raschestens ins Leben gerufen werden wenn ernstlich an eine Eindämmung einer der schlimmsten Folgeerscheinungen des Krieges gedacht werden sollte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Fürsorge für Jugendliche in dem Umfange, wie Sie der Herr Interpellant wünscht, ist infolge Mangels an Mitteln und auch infolge Mangels von Anstalten, in welchen sie untergebracht werden sollen, äusserst schwer möglich. Uebrigens wurde durch eine in der letzten Zeit erschienene Verordnung des Justizministeriums ein besonderer Kredit für Jugendliche eingerichtet und auch vom neuen Ministerium für soziale Fürsorge darf erwartet werden, daß die von dem Interpellanten gestellte Anregung in die Tat umgesetzt wird.

Ich habe bei der Regierung und beim Ministerium Schritte eingeleitet, damit wir endlich einmal wieder mindestens den größten Teil der Schulen wieder zurückbekommen, daß vom nächsten Schuljahr an ein geregelter Unter-

richt einsetzen kann. Von dem unregelmäßigen Schulunterricht rührt nicht bloß die Verwahrlosung eines Teiles der Schuljugend her, die ganze Schuljugend wird in ihrem Wissen verkürzt und die jungen Leute treten nach Vollendung des Unterrichtes mit geringerem Wissen in das Leben ein. Wir haben damals geglaubt, daß der Krieg nur 6 Monate dauern werde und so lang hätte es die Jugend auch bei einer Verringerung der Zahl der Schulen ausgehalten. Der Krieg dauert aber nun drei Jahre und es muß deshalb der Forderung nach Rückgabe der Schulen unbedingt Rechnung getragen werden. (Lebhafte Beifall.)

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller urgiert in einer Anfrage seine am 23. Februar d.J. gestellte Interpellation, in welcher auf die nach Friedensschluß im Hinblick auf den langen Stillstand jeglicher Bautätigkeit in Wien drohende Not an Kleinwohnungen bzw. an Unterkünften für Einzelpersonen hingewiesen und eine Reihe von Vorschlägen erstattet wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, daß das Stadtbauamt bereits jene Bauten ermittelt habe, welche entweder ganz oder teilweise leerstehen oder von Behörden und Ämtern belegt sind oder welche nur für Kriegsdauer in Anspruch genommen werden. Für die Heranziehung einzelner dieser Gebäude seien noch weitere gründliche Erhebungen notwendig, das Wohnungsamt werde ehestens über das Ergebnis berichten. Wegen der Vollendung baulich noch nicht fertiggestellter Häuser stehe die Gemeinde mit der Staatsverwaltung in Verhandlung. Ich habe insbesondere beim Finanzministerium Entgegenkommen gefunden und es müssen da die stärksten Hebel angesetzt werden, damit rasch wieder neue Wohnungen erstehen. Ich bin überzeugt, daß der Vorstand des Wohnungsamtes, Herr Magistratsrat Dr. Sagmeister, sicherlich rechtzeitig die betreffenden Vorlagen dem Gemeinderate unterbreiten wird.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller weist in einer Anfrage darauf hin, daß die Provisionierungsangelegenheiten des Marktamtes gegenüber den Friedenszeiten ins Unermessliche gewachsen sind und es deshalb zweckmäßig wäre, wenn alle Nebenagenden anderen magistratischen Stellen überwiesen würden. Er fragt, ob der Bürgermeister eine Neuorganisation des städtischen Marktamtes in Erwägung ziehen wolle.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, er habe bereits am 10. August einen Erlaß an den Magistratsdirektor gerichtet, mit dem Auftrage, die Marktamtsbeamten von allen ihren Nebenagenden möglichst zu entlasten. In den letzten Tagen habe er noch insbesondere verfügt, daß ihnen alle Kassengeschäfte, welche sie ja während der Friedenszeit leicht bewältigen konnten, abgenommen werden. Auch mir, sagte der Bürgermeister, liegt es am Herzen, daß die Marktamtsbeamten sich ihren eigentlichen Aufgaben voll und ganz hingeben können.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller weist auf die Zunahme der durch Tuberkulose verursachten Sterbefälle während des Krieges in Wien hin und fragt, ob der Bürgermeister mit Rücksicht auf die herannahende heiße Jahreszeit der aus hygienischen Gründen so wichtigen und für die Volksgesundheit so bedeutsamen Kehrlichtentfernung von den Straßen eventuell im Einvernehmen mit der Militärbehörde wegen Beistellung von Wagen und Pferden sein Augenmerk zuwenden wolle.

Der Bürgermeister verweist auf die verschiedenen Betriebschwierigkeiten, hauptsächlich hervorgerufen durch die Einberufung der Kutscher und erklärt, daß durch die zugestandene Verwendung von militärischen Fuhrwerken zur Kehrlichtabfuhr eine Besserung zu gewärtigen sei.

Todesfall. Gemeinderat Theodor Daberkow hat durch den am 3. d. M. erfolgten Tod seiner Gattin, Frau Sidonie Caroline Daberkow, einen schweren Verlust erlitten. Die Einsegnung findet morgen in der Pfarrkirche zu St. Laurenz am Schottenfeld, die Bestattung am Hietzinger Friedhof statt.

2  
Gründung eines Reichsverbandes der Baumeister Oesterreichs. Morgen, Mittwoch, vormittags versammelt sich die ständige Delegation der Baumeister Oesterreichs zu einer Tagung, der zahlreiche Delegierte aus allen Kronländern anwohnen werden. Auf der Tagesordnung steht: Die Gründung eines Reichsverbandes der Baumeister Oesterreichs. Den Vorsitz in der Tagung führt Präsident Oberbaurat Carl Edler von Stigler.

Gemeinderat Skaret fragt, ob der Bürgermeister sich mit seinem ganzen Einfluß dafür einsetzen wolle, daß die rechtzeitige Räumung der Schulgebäude so rasch als möglich erfolge, damit die Wiederaufnahme des vollen Schulbetriebes im kommenden Schuljahre ermöglicht wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist auf seine frühere, diesbezügliche Interpellations-Beantwortung.

Gemeinderat Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister neuerdings an zuständiger Stelle seinen Einfluß für die Sanktionierung des Lehrbesoldungsgesetzes vom Jahre 1914 geltend machen wolle.

Der Vorsitzende erwidert, daß durch die nichterfolgte Sanktion die Lehrpersonen keinen geldlichen Schaden erleiden. Er werde übrigens das Geeignete veranlassen, damit die gesetzliche Sanktion baldigst durchgeführt werde.

GR. Hohensinner stellt eine ausführlich begründete Anfrage, in welcher er hervorhebt, dass den Brotkommissionen der Vorwurf gemacht werde, dass mehr Lebensmittelkarten im Umlaufe sind, als der Bevölkerungszahl entspricht, dass ferner den Mitgliedern der Kommissionen, Misstrauen in Bezug auf die Verrechnung der Diäten entgegengebracht werde und dass den Lehrern die unangenehmsten Arbeiten übertragen werden, die geeignet sind, den Hass der Bevölkerung auf sie zu lenken. Er fragt, ob der Bürgermeister die Brotkommissionen vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützen und dahin wirken wolle, dass den Mitgliedern für ihre amtlichen Arbeiten der Amtscharakter gegeben werde, ferner ob der Bürgermeister dafür sorgen wolle, dass den Mitgliedern, die für ihre Arbeit nötige Zeit eingeräumt werde, um die Nervenkräfte der Lehrerschaft vor Erschöpfung zu bewahren und ob der Bürgermeister schliesslich veranlassen wolle, dass die Auszahlung der Diäten nicht mit monatelanger Verspätung erfolge.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert eine angeblich unfreundliche Behandlung könne nur auf eine irriige Auffassung zurückzuführen sein. Ein Runderlass der Statthalterei brachte nämlich den Obmännern der Brot- und Mehlkommissionen zur Kenntnis, dass die Ursache des eventuellen Vorkommens von mehr als entsprechenden Lebensmittelkarten besonders Brotkarten entweder in der nicht pflichtgemässen oder nicht genügend sorgsamem Verschwendung des Dienstes seitens der mit der Ausgabe der Lebensmittelkarten betrauten Organe oder in falschen Angaben der Bevölkerung zu suchen sei. Die Brotkommissionen wurden nur angewiesen gegen Uebertretungen von Parteien vorzugehen und so etwaige Uebelstände abschaffen zu helfen. Was die Anliegen der in den Brot- und Mehlkommissionen tätigen Lehrerschaft betrifft, so wurde bereits eine amtliche Besprechung mit denselben beschlossen und die Auszahlung der Diäten erfolgte niemals mit monatelanger Verspätung, vielmehr ist die Durchführung der diesbezüglichen Arbeiten seitens des Wiener Magistrates stets mit grösstmöglicher Beschleunigung erfolgt. Der Bürgermeister brachte hiebei zur Kenntnis, dass vom 11. April 1915 bis 30. April 1917 insgesamt K 4729.456.-- Kronen an die Brot und Mehlkommissionen zur Auszahlung gebracht wurden.

GR. Penz stellt den Antrag, der Bürgermeister wolle mit Rücksicht auf die Ende Juli zu gewärtigende gänzliche Einstellung der Bierlieferung seitens des Brauhauses der Stadt Wien die erforderlichen Schritte einleiten, dass während der bierlosen Zeit ein Ersatzgetränk für Bier erzeugt und zum Ausschank gebracht werden kann und nach der neuen Ernte ein einheitliches Dünnbier erzeugt werde.

GR. Penz und Genossen stellen weiters um einerseits die Bevölkerung zu befriedigen, andererseits um die Erhaltung des besonders jetzt um seine Existenz schwer ringenden Gastwirtsstandes zu ermöglichen, den Antrag, der Bürgermeister wolle veranlassen, dass in Niederösterreich ähnlich wie dies bereits in Oberösterreich erfolgt sei, eine Obstmostverteilungsstelle unter Mitwirkung des n.ö. Landeskulturrates, der Gemeinde Wien, des n.ö. gastgewerblichen Landesverbandes und der Verbraucherorganisation errichtet werde.

GR. Rummelhardt und Genossen richten an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, beim k.k. Ernährungsamte dahin zu wirken, dass das Verbot einer geteilten Rayonierung für Sommerparteien in Bezug auf die Milch aufgehoben werde, da es natürlicher und praktischer erscheint, die Milch an Produktionsorte zu beziehen.

GR. Philp bringt einen gleichen Antrag ein.

GR. Gussenbauer stellt den Antrag, die Gemeinde Wien möge dem Kriegerheimstätten-Fond des Vereines „Südmark“ einen entsprechenden Unterstützungsbeitrag widmen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Erledigung zugewiesen.

Es wird hierauf zur Wahl der drei Vize-Bürgermeister geschritten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bestimmt die Gemeinderäte Heroïd und Schlechter zu Skrutatoren und die Gemeinderäte Leitner und Philp zu Schriftführern des Wahlaktes.

In der mittels Namensaufruf und Stimmzettel vorgenommenen Wahl werden neuerlich gewählt zum I. Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer mit 112 Stimmen ( 21 Stimmzettel leer ), zum II. Vize-Bürgermeister Franz Hoß mit 112 Stimmen ( 20 Stimmzettel leer ) und zum III. Vize-Bürgermeister Josef Rain mit 111 Stimmen ( 21 Stimmzettel leer ).

Die Gewählten erklären die Wahl anzunehmen, sowie bisher auch in Zukunft getreulich alle Pflichten zu erfüllen und danken für den neuerlichen Beweis des Vertrauens seitens ihrer Gemeinderatskollegen.

Statthaltereirat Wimmer hält nunmehr an die Wiedergewählten folgende Ansprache:

Nachdem Sie, meine sehr geehrten Herren, von der Versammlung des Gemeinderates am 5. Juni 1914 zu Vize-Bürgermeistern der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gewählt worden sind, ist diese Ihre Funktion nach dem Gesetze mit dem heutigen Tage erloschen. Der Gemeinderat hat sich daher heute versammelt, um die Wiederbesetzung der erledigten Stellen durch Wahl vorzunehmen.

Durch das eben verkündete Ergebnis der Wahl, wurden Sie, sehr geehrte Herren, abermals auf die Stelle des ersten, zweiten und dritten Vize-Bürgermeisters berufen.

Ihre abgelaufene Funktionsperiode ist in eine Zeit gefallen, wie sie unser altes Oesterreich und seine Reichshaupt- und Residenzstadt seit ihrem Bestande noch nicht erlebt haben, in die Zeit des grössten Krieges, welchen die Geschichte kennt.

Dieser Krieg hat die Völker Oesterreichs vor ungeahnte Aufgaben gestellt und zwar nicht nur die, welche draussen eine eiserne Mauer gegen den Ansturm der Feinde bilden, sondern auch die, welche im Hinterlande in treuer

Pflichterfüllung dafür zu sorgen haben, dass das öffentliche Leben seinen Fortgang finde und dass das Gespenst der Aushungerung, mit welcher unsere Feinde in ohnmächtiger Wut gedroht haben, gabannt bleibe. In dieser gewaltigen Zeit, meine sehr geehrten Herren, haben Sie in den letztergangenen drei Jahren gewirkt, ohne zu wanken und Sie können daher in Ihrer Wiederwahl ein Zeichen des besonderen Vertrauens und eine volle Anerkennung Ihrer bisherigen Leistungen mit Stolz und Genugtuung erblicken.

Seine Exzellenz der Herr Statthalter hat mich beauftragt, Ihnen meine sehr geehrten Herren Vize-Bürgermeister, seine wärmsten Glückwünsche zu Ihrer Neuwahl auszusprechen und Ihnen den vom Gesetze vorgeschriebenen Eid abzunehmen.

Ich lade Sie demnach ein, den Diensteid in meine Hände abzulegen.

Nach der Verlesung der Eidesformel wuch GR. Philp legen die Neugewählten sodann ihren Amtseid in die Hände des Regierungsvertreters ab. Dieselben sind Gegenstand herzlicher Beglückwünschungen im Gemeinderate.

Nun wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister Hoß stellt folgenden Antrag: Die Gemeindegzuschläge zur Grund- Erwerb- Renten- und Besoldungssteuer sind im Verwaltungsjahre 1917/1918 im gleichen Ausmasse einzuheben, wie im Verwaltungsjahre 1916/1917.

Der Magistrat wird beauftragt, die legislative Genehmigung einzuholen.

Der Antrag des Berichterstatters wird ohne Wechselrede zum Beschlusse erhoben.

Vize-Bürgermeister Hoß berichtet über die Vorkehrungen wegen Fortbestehens von befristeten Einnahmsquellen der Gemeinde Wien.

GR. Skaret gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass eine Erledigung des Ansuchens um Erhöhung des Totalisateursteuerschläges von 40 auf 80% seitens der Regierung noch immer nicht erfolgt sei. Ich betrachte es, sagt Redner, als schweren Fehler, dass wir in Oesterreich jetzt nach 3 Jahren Krieg uns immer noch in derartigen traurigen Verfassungszuständen befinden, dass alles, was für den Gemeindehaushalt notwendig ist, nur schwer zu erreichen ist. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, dass die Landtage, soweit sie noch zurecht bestehen, nicht einberufen sind und dass für die Landtage, deren Funktionen bereits abgelaufen sind, die Wahlen nicht ausgeschrieben wurden, wie dies in anderen Ländern geschehen ist; es geht nicht an auf der einen Seite Verfassung zu spielen und auf der anderen die Zustände zu lassen, wie sie sind. Ich glaube, es ist am Platze, dass wir unserem Befremden darüber Ausdruck geben, dass die Regierung wohl Steuern in Unmenge über die Bevölkerung verhängt, dort aber, wo es sich um ihre Kreise handelt, dabei zurückhält.

GR. Dr. Schwarz-Hiller erhebt gleichfalls dagegen Einspruch, dass die Eingabe des Gemeinderates betreffend den Totalisateursteuerschlag bis jetzt noch immer nicht erledigt wurde, was umso bedauerlicher sei, als die Umsätze auf den Rennplätzen gerade während der Kriegszeit in unglaublicher Weise gestiegen sind und die Gemeinde durch das Zögern der Regierung um eine bedeutende Einnahme gebracht worden sei. Er bittet in energischer Weise an den Finanzminister heranzutreten, damit endlich diese Angelegenheit erledigt werde und es zu einem Beschlusse komme, der den Interessen der Gemeinde Wien voll und ganz Rechnung trägt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der vorgelegte Antrag einstimmig angenommen.

STR. Schneider berichtet über die Erledigung wechselseitiger Forderungen der städt. Strassenbahnen und der Gemeinde Wien anlässlich der Errichtung von Bedienstetenwohnhäusern der städtischen Strassenbahnen in Hernals und Kagran, bzw. der Baulinienbestimmung und Grundeinbeziehung für den Betriebsbahnhof im XII. Bezirke Koppreitergasse und Grundabtretung beim Betriebsbahnhof Floridsdorf ( genehmigt ).

3  
Ueber Antrag des Vize-Bürgermeisters Hoß wird der Verwaltungsbericht und die Bilanz des städtischen Elektrizitätswerkes in Wien einschliesslich der Braunkohlenbergbaugewerkschaft Zillingdorf und des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth für die Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hoß beantragt dem Verein „Wiener Kinder aufs Land“ eine Zuwendung im Betrage von 150.000 Kronen zu gewähren. (angenommen).

Nach einem Berichte des gleichen Berichterstatters werden die Mehrkosten für die Anschaffung von Schuhen für Arme im Winter 1916/1917 per 22.551 Kronen genehmigt.

Gemäss dem Antrage des Vize-Bürgermeisters Rain wird der Rechnungsabschluss der städt. Stellwagenunternehmung über das Betriebsjahr 1915/1916 mit einem Gebahrungsabgang von 1.470.646 Kronen, der auf neue Rechnung vorgebracht wird, genehmigt.

Nach einem Antrage des STR. Dr. Haas wird der Ankauf von Gründen im 3. Bezirke zwischen der unteren Weissgärberstrasse und der Weissgärberlande im Ausmasse von 682m<sup>2</sup> um 102.64 Kronen per m<sup>2</sup> beschlossen.

STR. Dr. Haas beantragt weiters für Strassenherstellungen auf den Modena-Gründen im 3. Bezirk das Mehrerfordernis von 48.000 Kronen zu bewilligen. (angenommen).

GR. von Steiner legt die vom Ministerium genehmigten Satzungen des Wiener Kriegerheimstättenfondes sowie den Baurechtsvertrag bezüglich der Gründe in Aspern vor. (Genehmigt.)

STR. Branneiß beantragt den Ankauf der Liegenschaft 14. Bezirk E.Z. 994 im Ausmasse von 391 m<sup>2</sup> um 50.000 Kronen. (Ang.)

Nach einem Antrage des STR. Grünbeck wird die vorzeitige Auszahlung von Kaufschillingraten für angekaufte Liegenschaften im 17. Bezirk genehmigt.

STR. Poyer beantragt die Abänderung der Vertragsbestimmungen mit der Wiener Bezirkskrankenkasse, betreffend die Verpachtung des sogenannten Hütteldorfer Paradieses zur Errichtung einer Tageserholungsstätte. (Ang.)

STR. Zatzka beantragt den Ankauf von Liegenschaften in Hütteldorf im Ausmasse von 96.926 m<sup>2</sup> um 140.000 Kronen. (Ang.)

STR. Zatzka berichtet über die Baulinienbestimmung für den Kaisergarten im 2. Bezirke.

GR. Neustädtl erinnert an den Sturm der Entrüstung, der sich erhob, als es hiess, der Augarten werde verbaut werden. Damals sei es gelungen, dies zu verhindern. Es bestehe allerdings ein Vertrag, dass der Kaisergarten nicht verbaut werden dürfe. Er müsse namens der Bevölkerung des II. Bezirkes sich gegen jegliche derartige Absicht auf das Schärfste verwehren. (Lebhafter Beifall). Es gehe nicht an, dass der Prater, nachdem schon die ganze Donau-stadt verbaut wurde, auch in seinem mittleren Teile mit Zinshäusern verschandelt werde.

GR. Schäfer erklärt, er müsse namens der ganzen Wiener Bevölkerung gegen eine Freveltat, wie es die Verbauung des Kaisergartens wäre, protestieren.

Dem Bürgermeister und dem Stadtrat gebühre der wärmste Dank, dass sie schon im Stadtrate energisch dagegen protestiert haben, dass zu Spekulationszwecken auch nicht ein einziges Haus im Kaisergarten erbaut werde. Das Obersthofmeisteramt, bei welchem ich gestern vorgesprochen habe, habe übrigens erklärt, es werde nie seine Zustimmung zur Verbauung des Kaisergartens geben.

GR. Melcher: Der Gemeinderat ist verpflichtet, jeden Grundbesitzer, der um eine Baulinie einschreite, sie zu bewilligen, aber sonst zu nichts. Es sei deshalb überflüssig, dem Bewerber zu erklären, er müsse hinter der Baulinie einen 10 Meter tiefen Vorgarten anlegen. Wenn der Bauwerber um die Parzellierung einschreite dann erst könne der Gemeinderat Gelegenheit nehmen, sie zu bewilligen oder sich energisch dagegen auszusprechen. Er beantrage daher eine Abänderung des Referentenantrages insfern, dass dem Baubewerber nur die Baulinie bekannt gegeben werde.

Berichterstatter STR. Zatzka bemerkt in seinem Schlussworte, dass niemals die Hinausgabe der Baulinie verweigert werden darf. Das öffentliche Interesse sei vollkommen gewahrt, nachdem ein Vertrag bezüglich der Baubeschränkungen vorliege. Es sei bis jetzt immer Usus gleichzeitig mit der Baulinie auch die Herstellung der Vorgärten vorzuschreiben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates Melcher abgelehnt.

STR. Schwer beantragt die Verbesserung der Dienstbezüge der Unterbeamten der städtischen Feuerwehr sowie eine Stellenregulierung im Stande der Telegrafisten und eine Vermehrung von Alterszulagen. Dieser Antrag sowie die Vorschläge des gleichen Berichterstatters betreffend Arbeitszulagen der Werkstättenarbeiter der städtischen Feuerwehr, der Feuerwehrleute und der Schlauchinstandsetzungswerkstätte der städtischen Feuerwehr und Erhöhung der Arbeitszulagen und der Löhne der Hilfsarbeiter des Telegrafendienstes der städtischen Feuerwehr werden ohne Wechselrede genehmigt.

STR. Dr. Mataja beantragt gegen den Erlass des Ministeriums des Innern nach welchem die Gemeinde Wien für die infolge der Ausgabe von Brot-, Zucker- und Kaffeekarten für ihren Verwaltungsbereich erwachsenden Kosten aus Gemeindemitteln aufzukommen habe, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Der Vorschlag erhält die Zustimmung des Gemeinderates.

STR. Wippl beantragt den Ankauf von Gründen in Oberlaa-Stadt im Ausmasse von 13.416 m<sup>2</sup> um K 2.40 pro m<sup>2</sup>.

GR. Melcher bezeichnet den Preis des Grundstückes als zu teuer, da es sich um Ackerland und nicht um Baugrund handle und wendet sich gegen den Ankauf von Riemenstreifen im Allgemeinen, demdadurch treibe die Gemeinde selbst die Preise für die anstossenden Grundstücke in die Höhe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

STR. Schneider beantragt die Direktion der städtischen Strassenbahnen zu ermächtigen, dass aus Betriebsmitteln Unterstützungen an die Hilfsorganisationen zur Unterstützung der Angehörigen der zum Militärdienst eingerückten Strassenbahnangestellten bis zum Gesamtbetrage von 100.000 Kronen bewilligt werden.

STR. Schneider beantragt das für den Strassenbau in der Stromstrasse von der Dresdnerstrasse bis zur Vorgartenstrasse und in der Vorgartenstrasse entlang dem Schulneubaue im XX. Bezirk sich ergebende Gesamterfordernis von 103.629 K zu genehmigen (angenommen)

STR. Schneider beantragt den zweigeleisigen Ausbau der Strassenbahnlinie in der Wagramerstrasse bei der alten Donau im II. und XXI. Bezirk.

GR. Bretschneider tritt ebenfalls für den Antrag ein, möchte aber bei der Gelegenheit einem Wunsche des XXI., Bezirkes Ausdruck geben, dass die erst seit kurzem eröffnete Linie 117 nach Leopoldau in der nächsten Zukunft ausgebaut werde, sodass dadurch eine Verbindung mit Kagran hergestellt und so eine Rundlinie für den ganzen Bezirk geschaffen werde.

Der Referent bemerkt, dass derzeit an den Ausbau von neuen Linien nicht zu denken sei, später aber berücksichtigt werden wird. Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

STR. Schneider berichtet über die Zuwendung einer einmaligen Aushilfe und über Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Strassenbahnen.

Gr. Skaret: (Contra) Die Summe, die für die Strassenbahnbediensteten aufgewendet werden soll, ist zweifellos eine sehr respektable aber eigentlich steht die Entlohnung der Strassenbahnbediensteten, doch noch sehr weit hinter den zurück, was heute in Privatbetrieben üblich ist. Der niedrigste Lohn der Kriegsaushelfer die ungefähr 2 Drittel der Arbeiterschaft in der Hauptwerkstätte ausmachen und die keinerlei Hoffnung haben können, dass sie in ihrem Alter in eine bessere Lage kommen, beträgt heute 48 bis 61 h pro Stunde und die Erhöhung, wie sie hier in der gewiss anerkanntswerten hohen Gesamtsumme in Aussicht genommen ist, bedeutet eine Zulage von 17 Hellern pro Stunde, oder auf den Tag umgerechnet etwas mehr als eine Krone. Der Wochenlohn in der Hauptwerkstätte beläuft sich auf ungefähr 32 K einschliesslich der Ueberstunden, wozu allerdings noch die 35 Kronen monatliche Teuerungszulage kommen und die Tagesprämien und die prozentuellen Zuschläge. Sehr häufig werden aber die letzteren wegen Kleinigkeiten eingestellt und ich glaube, dass man in dieser Beziehung doch etwas all zu scharf ins Gericht geht. Ich bin weit entfernt, zu den Vorschlägen des Berichterstatters Anträge zu stellen, ich kann nur erklären, dass die regelmässigen Erhöhungen, die zum Lohne geleistet werden, insbesondere in diesem Jahre der ganz exorbitant hohen Teuerung keineswegs entsprechen können. Wenn die Leute divergierend, eine Gruppe 30, die andere 100 % Erhöhung an Lohn verlangt hat, so muss man darauf verweisen, dass die Lebensmittelpreise Erhöhungen von 3 - 400 % zeigen und man muss sich in der Tat wundern, wie der Fixangestellte, wie der Arbeiter, die ihre Lebenskosten nicht überwälzen können, noch im Stande sind ihr Defizit zu decken. Es geht natürlich auf Kosten ihrer Kraft, auf Kosten ihrer und ihrer Familie Gesundheit und das sind, glaube ich, die schwersten Opfer, die heute die Bevölkerung im Hinterlande zu tragen hat und die sich später an diesem Staate noch einmal sehr schwer und bitter rächen werden. Der Bedner bittet schliesslich keinen Unterschied bei der Aushilfengewährung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern zu machen und stellt den Antrag, dass bei den einmaligen Aushilfen für die Kinder der Strassenbahnbediensteten die unehelichen Kinder mit den ehelichen gleichgestellt sind.

GR. Kunschak führt aus, dass die Erhöhung der Löhne und die Gewährung einer einmaligen Aushilfe im ersten Jahre einen Betrag von über 8 Millionen Kronen an den nächstfolgenden Jahren 5 Millionen Kronen erfordern würde. Trotz dieser absolut hohen Summen werde es einem Arbeiter nicht gelingen, die Erschwernisse im Haushalte auszugleichen und nach wie vor wird jeder Einzelne ein Opfer zu bringen haben. Aber auch die autonomen Körperschaften haben damit schwere Lasten zu tragen, schon jetzt zeigt der kommende Voranschlag der Stadt Wien einen Abgang von 27 Millionen Kronen hiezu kommen ausser den heute zu bewilligenden Beträgen noch die Zuwendungen für die Bediensteten der Gas- und Elektrizitätswerke und ferner die Erhöhung der Bezüge für alle anderen Angestellten der Gemeinde Wien. Das Defizit dürfte sich also um 13 bis 15 Millionen Kronen noch erhöhen. Dadurch dass das jetzige Steuersystem die Bewegungsfreiheit der autonomen Körperschaften sehr beschränkt ist, wird es sehr schwer fallen, neue Einnahmsquellen zu finden, und er hoffe, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Presse es begreiflich finden werde, wenn die Gemeinde darangehen wird, die ihr zur Verfügung stehenden Einnahmsquellen etwas stärker für Gemeindefürsorge heranzuziehen. Charakteristisch sei es, dass ein Bediensteter als ihm die neuerlichen Zuwendungen der Gemeinde bekanntgegeben wurden, sich äusserste, er verzichte überhaupt auf jeden Lohn und begnüge sich damit, wenn ihm die Gemeindefreies Quartier und unentgeltliche Verpflegung und Bekleidung zur Verfügung stelle.

4  
Der Redner bemerkt ferner, daß es den Bediensteten freigestellt war, die Erhöhung als Teuerungszulage oder als ständige Lohnerhöhung zu erhalten. Sie haben sich für das letztere entschieden, obwohl damit eine Mehrausgabe von über 2 Mill. K an Taxen und Gebühren verbunden war, die sonst ihnen zugefallen wären und zwar aus dem Grunde, weil auf diese Weise auch die Angehörigen der Eingerückten zu einer Zulage gekommen sind. Aus menschlichen Gründen sei dieses Vorgehen sehr anerkennenswert.

diese Tatsachen erklärt der Redner zum Schlusse, haben sich die Bediensteten vor Augen gehalten und diese Tatsachen hat auch der Stadtrat gewürdigt und ich bin überzeugt, auch der Gemeinderat wird sie würdigen. Im Uebrigen möchte ich nur noch feststellen, dass die Bediensteten der städt. Strassenbahnen insoweit sie nicht den Einflüssen unterlegen waren, die von unbekanntem Kreisen, von lichtscheuen Elementen in der letzten Zeit nicht nur in die Betriebe der Strassenbahnen getragen wurden, diese Lohnerhöhung mit Befriedigung und Dank entgegen nehmen. Sie anerkennen, dass dieser Schritt erfolgte ohne, dass irgendwelche Pressionen auf Gemeinde und Direktion ausgeübt wurden und wenn in der Presse vielfach die Gefahr eines Strassenbahnerstreiks erörtert wurde, so bin ich in der Lage festzustellen dass diejenigen Elemente, welche angeblich so besorgt um das Wohl der Strassenbahnbediensteten gewesen sind, nicht davon geleitet waren, sondern von Bestrebungen, die sich aus einer Flugschrift, die verbreitet wurde, klar erkennen lassen und die von einem sozialrevolutionären Komitee gezeichnet war. Die Bediensteten der Strassenbahnen verwahren sich mit aller Entschiedenheit dagegen, dass fremde Elemente an ~~ihren~~ Herde ~~nicht~~ ihr soziales, sondern vielmehr ihr sozialrevolutionäres Süppchen kochen und die Strassenbahnbediensteten werden ihre Pflicht sowie bisher auch weiterhin getreu erfüllen. Ich kann aber nicht umhin, die Direktion zu beschwären, auf eine Erleichterung des Dienstes der Angestellten hinzuwirken, denn der Dienst insbesondere in der Hauptwerkstätte ist ~~im~~ namentlich im Hinblick auf die unzulängliche Ernährung ein aufreibender und gesundheitsmordender. Insbesondere erlaube ich mir darauf zu verweisen, daß das Personal im Kabelbüro bereits eine Ueberlastung zu ertragen hat, die auch an den Nerven ganz entsetzlich rüttelt. Denn es sind dort Leute gezwungen, 36 Stunden ununterbrochen Dienst zu machen. Ich weiß wohl, daß die Direktion in dieser Beziehung einem mächtigen Gegner gegenübersteht, einem Gegner, der in der breiten Öffentlichkeit fortwährend von Humanität überfliegt, der aber hartherzig und grausam ist, wenn es um sein eigenes Vergnügungs- und Bequemlichkeitsbedürfnis geht. Wenn im „Fremdenblatt“, einem

ha offiziellen Organ sogar eine Agitation dahingehend entfaltet wurde, daß der Straßenbahnverkehr solange ausgedehnt werde bis der letzte Kriegsgewinner aus dem Bordell oder dem Nachtkaffee heimkehrt, so erkläre ich, daß dort wo ~~XXXX~~ die Aufrechterhaltung des Betriebes an dem Leben von Familienvätern hängt, auf die Bequemlichkeit unbedingt verzichtet werden muß und ich werde gegen jede Ausdehnung des Straßenbahnverkehrs mich entschieden wehren. Wenn es der Gemeinderat beschließt, dann müssen die Gemeinderäte selbst in die Werkstätten gehen, die Arbeiter und Bediensteten werden die Arbeit nicht tun, weil sie sie nicht mehr leisten können, wenn sie nicht zu Mördern an ihren eigenen Leben werden sollen. (Lebhafte Zustimmung bei der Majorität.)

Der Redner dankt schließlich der Direktion und dem Gemeinderate für das was die Vorlage den Strassenbahnbediensteten an Erleichterungen ihrer Lebenslage bringe, und findet für seine Ausführungen bei der Mehrheit stürmischen Beifall.

Gemeinderat Lohner bespricht die letzte Lohnbewegung in der Industrie und erklärt, daß dadurch gar manche Betriebe notleidend würden. Wenn die Heeresverwaltung heute noch auf dem Standpunkte stehe, daß die Lohnerhöhungen getragen werden müssen, ~~XXXX~~ <sup>so</sup> werde die genötigt sein, von diesem Prinzip abzugehen, wenn sie nicht wolle, daß manche erbgesessene Familie untergehe. Man spreche immer von den Reichgewordenen, die Zugrundegegangenen erwähne aber niemand.

Es liege ihm fern eine Lanze für die Staatsgewalt einzulegen aber es seien auch ganz andere Elemente als diese Schuld an dem Verhältnis. Die landwirtschaftliche Bevölkerung habe z. B. übersehen, dass sie durchaus nicht die Berechtigung hat die Preise in so sprunghafter Weise zu steigern und ein schwerwiegender Grund, den man bei jeder Gelegenheit betonen müsse, sei Ungarn. Es müsse auf irgend einem legalen Wege das künftige ungarische Ministerium aufmerksam gemacht werden, damit in dieser Beziehung Wandel geschaffen werde. Im Uebrigen erklärt sich der Redner mit den Anträgen des Berichterstatters einverstanden und unterstützt den Zusatzantrag Skaret.

Nachdem Schlussworte des Berichterstatters, in welchem sich dieser mit dem Antrage Skaret einverstanden erklärt, den selben jedoch dahin bestimmt, dass nur die nachweisbar in der Verpflegung der ~~bei~~ Strassenbahnbediensteten stehenden unehelichen Kinder in die Anhilfen einzubeziehen seien, werden die Stadtratsanträge und der Zusatzantrag Skaret ~~mit~~ in der neu vorgeschlagenen Fassung unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Walter Feilg



5  
Vize-Bürgermeister Hierhammer der während der Debatte den Vorsitz übernommen hatte, übergibt nunmehr den Vorsitz an Vize-Bürgermeister Hoß.

Str. Knoll berichtet über die Umgestaltung der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungs-Gesellschaft und Liquidation der Ersten Wiener Grossschlächtereier A.-G.

Gr. Dr. von Dorn führt aus, dass er im Prinzipie nichts gegen die geplante Aktion einzuwenden habe, da bei richtiger Durchführung und Wahrung der Interessen der Bevölkerung Wiens sehr wohlwollende Folgen sich daraus entwickeln können. Er finde nur staunenswert, dass auch hier wieder sowie seinerzeit bei der Schaffung der Grossschlächtereier nicht genügend dafür gesorgt sei, dass die Gemeinde einen wirklichen und massgebenden Einfluss in der Gesellschaft hat. Ich habe bereits damals, sagt Redner, darauf hingewiesen, dass es nicht genüge, wenn die Gemeinde ein Drittel der Stimmen im Verwaltungsrate besitze, wenn die Beschlüsse mit Zweidrittel Mehrheit gefasst werden können, die Gemeinde daher in der Gefahr ist, bei wichtigen Interessen überstimmt zu werden. Ich habe damals bereits beantragt, dass der Gemeinde eine Art Vetorecht eingeräumt werden müsse, spätere Tatsachen haben gelehrt, wie recht ich mit meinem Antrage, der leider abgelehnt wurde, gehabt hätte. Ich komme daher heute neuerlich auf diesen Gegenstand zurück, da nach der Vorlage, die ja in diesen wichtigen Punkten höchst unklar ist, wieder befürchtet werden muss, dass der Gemeinde abermals eine derartige Majorisierung droht. Ich stelle daher zu dem vorliegenden Referate folgenden Zusatzantrag, der an passen Stelle im Statut einzufügen ist:

Sollte nach Absicht der von der Gemeinde Wien die in den Verwaltungsrat entsendeten Mitglieder ein Beschluss den von der Gemeinde durch ihren Beitritt zur Gesellschaft und die der letzteren zugewendete Förderung bekundeten Absichten offenbar widersprechen, haben diese Mitglieder das Recht gegen die Ausführung des Beschlusses Einsprache zu erheben und erhält ein solcher Beschluss erst Giltigkeit, wenn die Gemeinde ihre Zustimmung erteilt.

Gr. Eder bezeichnet die Verschmelzung der beiden Gesellschaften als Kriegshochzeit. Man könnte auch sagen, es sind zwei ungeratene Kinder, die von guten Vätern abstammen, welche die besten Absichten verfolgten, aber trotzdem haben die Kinder nach keiner Richtung hin den Eltern entsprochen. Der Redner kritisiert in längeren Ausführungen die Gebahrung der Gross-

schlächtereier, welche mit der Absicht errichtet wurde, etwas ersperrliches für die konsumierende Bevölkerung zu tun, die aber nie etwas im Interesse der Allgemeinheit geleistet habe.

Trotzdem die Grossschlächtereier mit allen Benefizien ausgestattet wäre sie, Krieg war, wenn der ~~Krieg~~ nicht gekommen wäre, ~~hier~~ schon längst begraben. Die Schlächtereier kümmert sich nicht um Höchstpreise,

sie verkauft, obwohl der Höchstpreis für Hinteres Extrem K 11.80 ist, das Fleisch des ganzen Rindes um 12 Kronen pro Kilogramm. Die Grossschlächtereier erhält auch alle möglichen Begünstigungen wegen Zuweisung der Ware und benützt ihre Stellung den Fleischhauern, welche infolge Warenmangels ihre Kunden nicht mehr vollständig bedienen können, diese wegzunehmen. Für die Grossschlächtereier existiert auch nicht die Verordnung, dass das Fleisch aus Wien nicht abtransportiert werden darf; infolge ihrer Monopolstellung tut sie was sie will. Die Viehverwertung hat als ihre erste Leistung aufzuweisen, dass sie einen grossen Teil der Händler und Kommissionäre aus der Welt schaffte. Auch sie hätte niemals eine solch grossen Reingewinn aufzuweisen gehabt, wenn nicht der Krieg gekommen wäre. Im Gegensatz zu diesen beiden Gesellschaften hat sich die Wiener Fleischhauer Genossenschaft mitunter ~~unter~~ ~~schweren~~ ~~Opfer~~ bemüht, Fleisch nach Wien zu bringen und wenn die Spannung zwischen Vieh und Fleisch eine verhältnismässig hohe ist, so sind daran die Zentralen Schuld, da die Fleischhauer, die Häute, das Fett, und die Knochen zu einem sehr billigen Preise <sup>zu</sup> abgeben ~~abgeben~~ gezwungen sind, diesen Entfall in die Fleischpreise zu kalkulieren. Dazu kommen noch, dass die Fleischhauer gezwungen sind das unverhältnismässig teure Vieh aus Budapest zu beziehen und es würde die Notwendigkeit eintreten, die Extrempreise in Wien zu erhöhen, wenn die Verhältnisse sich nicht ändern.

Wenn die Gemeinde Wien berechtigt ist, 7 Vertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden, so müsse gewünscht werden, dass das ~~das~~ heute sind, welche Energie genug haben, um Beschlüsse, die von der Gesellschaft gegen das Interesse der Wiener Bevölkerung gefasst werden, zu verhindern, und zu verlangen dass besonders wichtige Angelegenheiten dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Eines muss aber betont werden : Wir haben doch durchgehalten, obwohl man jeden ausgelacht hätte, der bei Beginn des Krieges erklärt hätte, dass wir nach 3 Jahren noch die Mengen an Fleisch für uns im Hinterland und vor allem für die Armee im Felde aufbringen werden können und wir werden mit Gotteshilfe auch noch weiter aushalten, um die Fleischversorgung in Wien recht und schlacht aufrecht erhalten. Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass in die zu schaffende Kommission Männer entsendet werden, die sich etwas zureden trauen und die auch über praktische Erfahrungen verfügen, damit aus der Zusammenlegung der beiden Unternehmungen etwas für die Allgemeinheit vorteilhaftes zum Vorschein kommt. ( lebhafter Beifall )

VBGM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Gr. Reumann erklärt, er stehe dem neuen Unternehmen mit grossem Misstrauen gegenüber. Die Erfahrungen bei der österr. Viehverwertungsgesellschaft waren die, dass sie zu einer Zeit, wo es notwendig gewesen wäre, dass der Markt ausgiebig mit Vieh beschickt wird, eigentlich für den Privatkonsum gar nichts getan hat, sondern einzig und allein Heereslieferungen besorgte. Diese Geschäftsführung hat dazu geführt, dass eine bedeutende Erhöhung der Viehpreise eingetreten ist und die Gesellschaft hat also keinesfalls im Interesse der Bevölkerung gewirkt. Von der ersten Wiener Grossschlächtereier hat Gr. Eder ebenfalls gesagt, dass sie das Fleisch verteuert. Wir hätten alle Ursache in Bildung begriffene grosse Unternehmungen wiegendendat zu unterstützen, wenn durch dieses Zusammen treten bedeutende Mengen Vieh zum Markt gebracht würden und wenn eine Herabdrückung der Preise erfolgen möchte. Man muss aber die Gewähr dafür haben, dass dieses letztere tatsächlich geschieht. Der Redner wendet sich dagegen, dass die dem Ackerbauministerium zur Verfügung gestellte Summe, demselben überlassen werde, dann dadurch entwickeln sich nur neue Subventionen für die landwirtschaftlichen Produzenten, die für die Versorgung der Bevölkerung nichts getan haben. Dem Ackerbauministerium dürfe überhaupt kein Einfluss gewährt werden und die ~~bei~~ Gemeinde möge in eingehender Weise Erhebungen darüber pflegen, wie die Marktlage beschaffen sei und das ganze Dunkel aufklären.

GR. Der Redner schliesst mit dem Wunsche, dass die derzeitigen schlechten Approvisionierungsverhältnisse nach Ablauf des Krieges wieder verschwinden und dass beim Aufleben der Produktion wieder günstigere Zeiten für Wien kommen.

GR. Schlechter wünscht, dass infolge der Fusionierung der beiden Gesellschaften das altehrwürdige Fleischhauergewerbe nicht zu Schaden komme. Es müsse ferner getrachtet werden, dass bei Eintritt normaler Verhältnisse das Übergewicht der Zentralen und Aktiengesellschaften beseitigt und das Handwerk und legitimer Handel wieder in seine Rechte eingesetzt werden.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden dessen Anträge genehmigt. Der Antrag des GR. Dr. von Dorn findet genügende Unterstützung und wird weiter geleitet.

Vize-Bürgermeister schliesst hierauf die Sitzung.